

Erzgebirgischer Volksfreund.

Tage- und Amtsblatt

für die Gerichtsämter Grünhain, Johannegeorgenstadt, Kirchberg, Schwarzenberg und Wildenfels; so wie für die Stadtrathe Aue, Elsterlein, Grünhain, Hartenstein, Johannegeorgenstadt, Kirchberg, Lößnitz, Neustadt, Schwarzenberg, Wildenfels und Zwickau.

N. 17. Erscheinungstag mit Ausnahme des Montags. Freitag, den 22. Januar. Insertionsgebühren die gespaltene Corpus-Zeile 1 Mar. 1864.

Preis vierteljährlich 15 Ngr. — Inseraten-Annahme für die am Abend erscheinende Nummer bis Vormittags 11 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Wien 17. Jan. Die Angelegenheit des Abgeordnetenhauses den von der Regierung geforderten Nachtragssatz von 10 Mill. für Kriegszwecke ablehnen werde, mehrmals. Am Schlusse der Sitzung vom 15. d. stellte Abg. Dr. Rechbauer folgende Interpellation: Es ist in der Sitzung vom 11. Jan. eine Regierungsvorlage an das Haus gebracht worden, betreffend die Creditforderung von zehn Mill. Gulden für die Aktion der Regierung in Schleswig-Holstein. Nach dem Beschlusse des deutschen Bundes, von dem heute die telegraphische Nachricht in den Blättern zu lesen ist, erachte ich es von dringender Nothwendigkeit, dem hohen Hause die Gelegenheit gegeben werden, seinen Beschluß über die erwähnte Regierungsvorlage zu fassen. Nach dem in Frankfurt gefassten Beschlusse ist ein Vorgang von Seite unseres Ministeriums ins Auge genommen worden, der geradezu zum Bruderkriege führen muß. (Bravo!) Es ist an uns nun, wie mir scheint, die Frage heranzutragen, ob wir zu solchem Vorgange die Mittel an die Hand stellen, oder nicht. Es ist daher für uns dringend Nothwendigkeit, baldmöglichst auszusprechen, ob das hohe Haus einen solchen Vorgang für angemessen erachte, der wenigstens nach den Anschauungen derjenigen Herren, die sich bei der Interpellation betreffs Schleswig-Holsteins betheiligten, wie sie bereits ausgesprochen haben, gegen das Recht und die Ehre Deutschlands, aber noch mehr gegen das eigene Interesse Oesterreichs verstößt. Ich wenigstens kann mir nicht denken, daß das hohe Haus einen Beschluß fassen wird, Geldmittel zu Zwecken zu bewilligen, welche für Oesterreich geradezu verderblich sind. Ich halte es für nothwendig, daß es bald als möglich darüber Beschluß gefaßt werde, damit dem hohen Hause Gelegenheit geboten werde, offen und unumwunden seine Mißbilligung über die Haltung des Ministeriums des Auswärtigen auszusprechen (Beifall), und ich glaube, die Gelegenheit wird bei der Berathung dieses Gegenstandes vorhanden sein. Ich glaube mit Vorbehalt, die Frage an den Herrn Obmann des Finanzausschusses zu stellen, wann der Finanzausschuß in der Lage sein wird, über diese Regierungsvorlage an das hohe Haus Bericht zu erstatten, und ersuche diesen Gegenstand baldmöglichst auf die Tagesordnung zu bringen. (Bravo!) — Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Dr. Siskra, bemerkte hierauf, er habe es für nothwendig erachtet, um die rechnungsmäßigen Unterlagen der Anforderung von 10 Millionen für die Expedition nach Schleswig-Holstein anzusehen. Er sei noch nicht in deren Besitz gelangt und könne also, so lange er nicht im Besitze derselben sei, auch nicht Bericht erstatten.

Nach einem Telegramm der Wiener „Sonntagszt.“ vom 17. d. M. hat Lord Russell die britischen Botschafter in Berlin und Wien beauftragt, Bemerksungen im Namen der Regierung Ihrer Majestät der Königin Victoria gegen den Beschluß der Okkupation Schleswigs einzulegen, und die beiden Großmächte für die Folgen- und Konsequenzen eines Angriffes auf Dänemark und der eventuellen Besetzung Schleswigs aufzuklären zu machen.

Im Großen und Ganzen — so schreibt man der „Frankf. Post.“ aus Wien vom 16. d. M. über den augenblicklichen Stand der schleswig-holsteinischen Angelegenheit — dürften die beiden deutschen Großmächte ihr weiteres Vorgehen in der schleswig-holsteinischen Frage in der folgenden Weise bemessen haben. Sie wissen ohne Zweifel schon, daß ein an Dänemark gerichtetes Ultimatum die Zurücknahme der durch die Verfassung vom 18. November ausgesprochenen Inkorporation Schleswigs binnen 48 Stunden verlangt. Wird diesem Verlangen ganz und unbedingt genügt, so entfällt die Okkupation Schleswigs

und es ist über das Weiter der Unterhandlung und eventuell der Vermittlung kaum gegeben, wenn nicht, so rücken am 19. und 20. Jan. die Großmächte mit der zwischen ihnen vereinbarten Zahl in Schleswig ein und brauchen, falls ihnen Widerstand entgegengesetzt werden sollte, Gewalt. Gleichzeitig überträgt nach Inhalt eines früheren Bundesbeschlusses statt des sächsischen Generalleutnant Sacke der preussische General-Feldmarschall Wrangel das Kommando auch in Holstein über die mit Einschluß der ganzen Reserve alsdann dort stehenden Bundestruppen und ebenfalls gleichzeitig werden auch Oesterreich und Preußen dort ihre Bundeskommissare aufstellen. Daß mit diesem Augenblicke auch in Holstein ein anderer *modus vivendi* eintreten wird, dürfte kaum zu bezweifeln sein, obgleich die Mittheilung eines hiesigen Blattes, die Großmächte hätten mit ihrem Ultimatum an Dänemark die Anforderung an den Erbprinzen von Augustenburg verbunden, Holstein zu verlassen, der Begründung entbehrt. — Die gemeinsamen Bewegungen der preussischen und österr. Truppen werden also unmittelbar ihren Aufmarsch nehmen. Schon in den nächsten Tagen werden österr. Truppen durch preussisches Gebiet gehen und zwar werden wahrscheinlich die schlesischen Eisenbahnen den Transport übernehmen, vielleicht, weil man das sächsische Territorium vermeiden will. Auch in Berlin herrscht, wie unter Anderm der „Hamburger Börsenhalle“ von dort geschrieben wird, seitens der militärischen Behörden seit den jüngsten Tagen eine erhöhte Thätigkeit. „Sobald die beiderseitigen Truppen sich genügend der holsteinischen Grenze genähert haben werden, um dem Befehle des Einrückens sofort folgen zu können, werden die beiden Mächte an Dänemark ein Ultimatum mit kürzester Frist wegen Aufhebung der Novemberverfassung stellen. Wird dieser Forderung nicht genügt, so verlassen die Gesandten Preußens und Oesterreichs mit dem gesammten Personal Kopenhagen und die kombinierten Truppen rücken unverzüglich durch Holstein nach Schleswig ein. Es soll übrigens, wie in Berlin versichert wird, die Okkupation Schleswigs nicht den mindesten Einfluß auf die Verhältnisse in Holstein haben, die Wirksamkeit der Bundeskommissare in keiner Weise beeinträchtigen, noch weiteren Beschlüssen des Bundes vorgehen. Freilich betrachtet man als nothwendige Folge des jüngsten Beschlusses, daß der Bund sich durch denselben des Rechtes zur definitiven Regelung der Angelegenheit begeben habe.“ — Inzwischen darf man sich in Folge der Frankfurter Abstimmung auf eine große diplomatische Korrespondenz zwischen den Großmächten und den dissentirenden Mittelstaaten gefaßt machen; man will den letzteren beweisen, daß ihre Abstimmung die bundesmäßige Kompetenz überschritten habe. Wie man hört, wird eine identische Notenabsendung von Seiten Oesterreichs und Preußens beabsichtigt. — Nach der „Befreiung“ wäre von Sachsen zur Wahrung der Rechte des Bundes ein sehr entschiedener Antrag eingebracht, nach welchem unter Anderm die Bundeskommissare imputirt werden sollten, nur vom Bunde Befehle anzunehmen, auch ohne Einwilligung des Bundes keine Truppen in Holstein einrücken zu lassen, und darin nur der Uebermacht zu weichen.

Wien, 19. Januar. Die officielle Ablehnung Dänemarks soll Abends eingetroffen sein. Das Hauptquartier geht übermorgen nach Berlin, wo die Feststellung des Operationsplanes erfolgt. — Die erste Section des Abgeordnetenhauses beriet von 6—11 Uhr Nachts. Rechberg gab Aufklärungen. Die Abgeordneten verpflichteten sich mit Ehrenwort, Nichts zu verlautbaren, Morgen Abend Schlußfassung, die Forderung soll nicht ganz bewilligt werden. In der Sitzung des Steuerreformclubs gab Lint Aufklärungen über Rechberg's gestrige Mittheilungen.

Preußen. Berlin, 18. Jan. In dieser Woche kommt das Abgeordnetenhaus zur Entscheidung über die Anleihe und damit zu